

Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation 2017

VERANTWORTLICHE POLITIK IN EUROPA: Wettbewerbsfähigkeit stärken, Haushalte konsolidieren

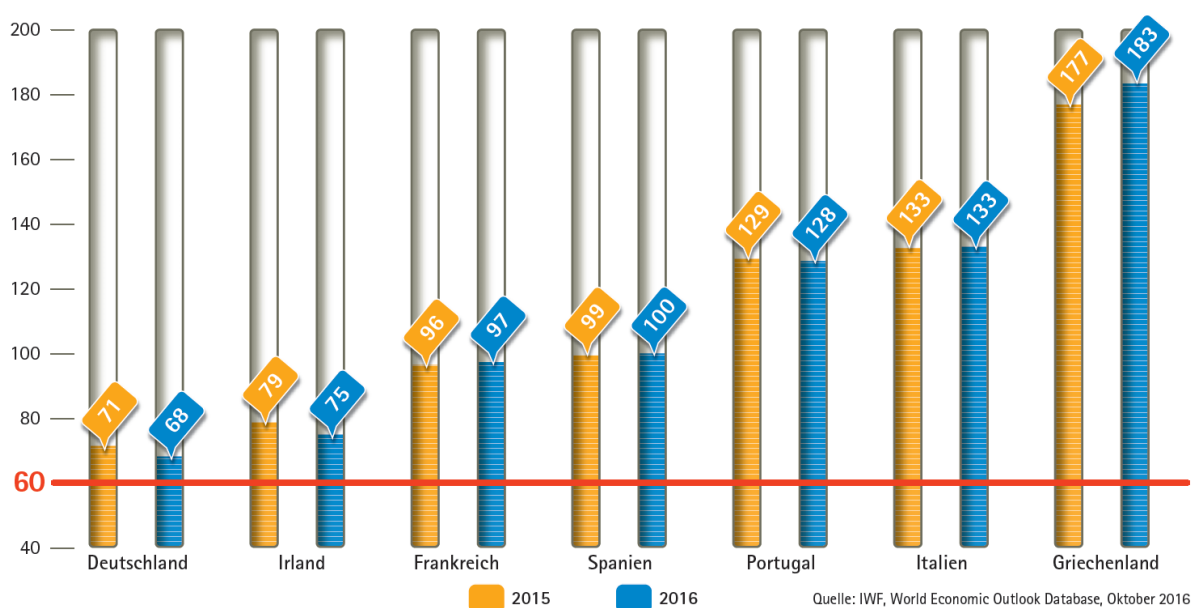
Die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation (WiPos) zeigen der Politik konkrete Handlungsfelder für eine gute Wirtschaftspolitik auf. Die WiPos geben die abgestimmte Meinung der IHKs und deren Mitglieder wieder. Sie wurden am 30. März 2017 von der DIHK-Vollversammlung beschlossen.

Ansprechpartner im DIHK: Mathias Dubbert (Tel. 00322286-1638; dubbert.mathias@dihk.de),
Christopher Gosau (Tel. 00322286-1661; gosau.christopher@dihk.de),
Dr. Christian Fahrholz (Tel. 030-20308-1507; fahrholz.christian@dihk.de)

Verantwortliche Politik in Europa: Wettbewerbsfähigkeit stärken, Haushalte konsolidieren

Der Grundsatz „Verträge und Vereinbarungen müssen eingehalten werden“ führt zu Berechenbarkeit, Rechtssicherheit und damit Vertrauen für Unternehmen. Das gilt für vereinbarte Reformschritte und Auflagen in Euro-Krisenländern, und auch für die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollten zuerst die Mitgliedstaaten ihrer eigenen Verantwortung gerecht werden – für Wettbewerbsfähigkeit und Solidität der Staatsfinanzen und damit auch für das Funktionieren der Wirtschaft in Europa.

Staatsverschuldung (in % des BIP)



Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Politik ohne weitere Schulden ist nötig
- Konsequenterer fiskalpolitischer Koordination sinnvoll
- EZB auf Geldpolitik fokussieren
- Brexit-Verhandlungen mit Augenmaß

Politik ohne weitere Schulden ist nötig

Europa setzt Rahmen: Die Unternehmen sind auf ein stabiles wirtschafts- und finanzpolitisches Umfeld angewiesen. Über die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns wird zunehmend auf europäischer Ebene entschieden. Die Europäische Zentralbank (EZB) entscheidet über die Geldpolitik, die Europäische Union setzt der Finanzpolitik der Mitgliedstaaten Grenzen. Die hierzu vereinbarten vertraglichen Regelungen sollen ein stabiles wirtschaftliches Umfeld schaffen.

Was zu tun ist: Die Unternehmen brauchen für ihre Investitionsplanung verlässliche Rahmenbedingungen – mögliche Ansteckungseffekte durch Staats- und Bankeninsolvenzen in der Euro-Zone sind dagegen ein Unsicherheitsfaktor. Daher sollten die Mitgliedstaaten den Fiskalpakt mit den nationalen Schuldenbremsen umsetzen und die Konvergenzkriterien von Maastricht einhalten. Zudem kann die Möglichkeit, Folgen eigener finanzieller Entscheidungen auf andere abzuwälzen, zu finanziellen Risiken für alle Beteiligten führen – das gilt auch zwischen Mitgliedstaaten. Daher sollte jede Regierung für die eigenen Finanzen zuallererst selbst verantwortlich bleiben. Wie im Geschäftsleben sollten auch hier Handlung und Haftung, Kompetenz und Verantwortung miteinander verknüpft sein.

Konsequenterer fiskalpolitischer Koordination sinnvoll

Stabilitätspakt aufgeweicht: In der politischen Praxis werden die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes häufig nicht eingehalten und im Maastricht Vertrag vorgesehene Sanktionen werden entsprechend vermieden. Als Folge der weichen Auslegung liegen Haushaltsdefizite und Verschuldung vieler Mitgliedstaaten weiterhin oberhalb der vereinbarten Grenzen, die die Schuldentragfähigkeit sicherstellen sollen. Ein Ausfall der den Krisenländern zu Verfügung gestellten öffentlichen Kredite kann zu zusätzlichen Belastungen für deutsche Unternehmen führen, wenn der Staatshaushalt in Anspruch genommen wird und deshalb Steuern erhöht werden müssen. Eine seit längerem diskutierte staatliche Insolvenzordnung für die Mitglieder der Euro-Zone fehlt weiterhin. Unklarheiten beim Verfahren von Insolvenzen führen jedoch zu Verunsicherung in der Wirtschaft, insbesondere bei Gläubigern aus der Privatwirtschaft. Dies kann letztlich zu einer Einschränkung der Kreditversorgung von Unternehmen und damit geringeren Investitionen führen.

Was zu tun ist: In einem einheitlichen Währungsraum beeinflusst die Wirtschaftspolitik einzelner Länder auch die Unternehmen in anderen Ländern. Eine fiskalpolitische, in besonders wichtigen Fragen auch wirtschaftspolitische Koordination in der Eurozone erscheint deshalb aus Wirtschaftssicht notwendig. Der Einsatz des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Vergemeinschaftung von Risiken sollten ultima ratio bleiben. Zuvor sollte stets die festgelegte Reihenfolge der Haftungskaskade eingehalten werden, damit die Handelnden Belastungen nicht auf Dritte abwälzen. Das gilt auch für die Rekapitalisierung von Banken: Erst ganz am Ende – wenn ein Mitgliedstaat allein mit der Rettung überfordert wäre – sollte der ESM zum Zug kommen. Ansonsten käme der ESM rasch an die Grenzen seiner finanziellen Belastbarkeit und Deutschland würde für 190 Mrd. Euro haften, mit drohenden zusätzlichen Steuerbelastungen, die direkt und indirekt auch die Unternehmen betreffen würden.

EZB auf Geldpolitik fokussieren

Aufgabenspektrum der EZB ausgedehnt: Als zusätzliche EZB-Aufgabe tritt neben die langfristige Geldwertstabilität inzwischen häufig die Krisenintervention zwecks Sicherung der kurzfristigen Finanzmarktstabilität. Die EZB hat seit 2014 auch die direkte Aufsicht über große Banken in Europa übernommen. Aus der Vermischung der Aufgaben der EZB erwachsen aus Sicht vieler Unternehmen Gefahren für die langfristige Geldwertstabilität. Die niedrigen Zinsen erleichtern zwar die Finanzierung vieler Betriebe und stützen die Baukonjunktur. Allerdings beeinträchtigt die Niedrigzinspolitik der EZB die Geschäftsmodelle vieler Unternehmen aus der Finanzwirtschaft. Zudem erschwert sie Unternehmen aus allen Branchen die Erfüllung der Pensionsverpflichtungen bei der betrieblichen Altersvorsorge.¹

Was zu tun ist: Eine einheitliche und stabile Währung stärkt die Vorteile des europäischen Binnenmarktes für die Unternehmen. Die Unabhängigkeit und die Orientierung auf die Geldwertstabilität sind die gesetzlich verankerten Grundpfeiler einer funktionsfähigen EZB. Die EZB sollte sich daran halten, damit ihr Handeln für die Unternehmen berechenbar ist. Die Ausrichtung auf die Geldwertstabilität sollte trotz der Bankenaufsicht im Rahmen der europäischen Bankenunion gewahrt bleiben. Die Stabilität des Finanzmarktes erfordert eine Aufsicht, deren Handeln unabhängig von geldpolitischen Vorgaben ist.

Brexit-Verhandlungen mit Augenmaß

EU wird kleiner: Großbritannien will aus der EU austreten. Der Brexit kann auf Dauer der deutschen Wirtschaft schaden. Der Außenhandel Deutschlands mit dem Vereinigten Königreich ist bereits rückläufig. Die Unternehmen wollen auch ihre Investitionen und Beschäftigungspläne auf der Insel zurückfahren und fürchten mehr Handelshemmnisse. So sehen viele Betriebe als Folge des Austritts große Probleme in zusätzlicher Bürokratie, mehr zollrechtlichen Bescheinigungen oder rechtlichen Unsicherheiten.

Was zu tun ist: Für die deutschen Unternehmen ist es wichtig, dass die Verhandlungspartner die richtige Balance finden zwischen guten zukünftigen Handelsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich und einem weiterhin funktionierenden Binnenmarkt. Denn der einheitliche EU-Binnenmarkt ist für deutsche Unternehmen eine wichtige Errungenschaft. Die EU sollte daher in erster Linie den Zusammenhalt der zukünftig 27 Mitgliedstaaten sichern.

Die IHK-Organisation trägt hierzu bei unter anderem durch:

- Begleitung der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, Bankenunion und Wettbewerbsfähigkeit durch Stellungnahmen und Veranstaltungen
- Monitoring und Begleitung der Brexit-Verhandlungen
- Organisation von Europapolitischen Dialogen in Brüssel

¹ Näheres siehe DIHK-Eckpunktepapier 2016 „Kritische Überlegungen zur Niedrigzinspolitik seit der Finanzkrise“.